

Die Republik Haifa als Lösung für den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern?

Die Republik Haifa sucht man auf der Liste der Staaten dieser Erde vergeblich. Noch – würde Omri Boehm hinzufügen. Denn er fordert die Gründung dieser neuen Republik Haifa in seinem neuen Buch „Israel – eine Utopie“ (A. d. Engl. von Michael Adrian. Propyläen, Berlin 2020. 256 S., ISBN: 978-3-540-10007-3).

Der jüdische Philosoph wurde 1979 in Haifa geboren und lehrt an der New School for Social Research in New York als Philosophie-Professor. Er schreibt in verschiedenen Zeitschriften über Israel und seine Politik, z.B. „Haaretz“, „The New York Times“ und „Die Zeit“.

Der Autor entwirft in diesem Buch ein Konzept für ein neues Israel, für eine sinnvolle friedliche Zukunft, und geht von der Überzeugung aus, dass in Israel die über Jahrzehnte geforderte Zwei-Staaten-Lösung nicht mehr realisierbar ist. Stattdessen schlägt er vor, eine binationale Föderation zu schaffen, in der Palästinenser und Juden gemeinsam eine gute Zukunft haben können.

Der Autor bezeichnet seine Konzeption als eine Utopie, als Entwurf einer möglichen und nicht fiktiven Gesellschaftsordnung, die keinesfalls eine Illusion darstellt, sondern eine realisierbare Lösung für die komplizierte Lage in der Region.

Israelkritik und Antisemitismus-Vorwürfe

Doch zunächst kommt Boehm in seinem Vorwort für die deutschsprachige Ausgabe auf die Konflikte zu sprechen, bei denen die öffentliche Kritik an den Menschenrechtsverletzungen gegenüber Palästinensern in Israel als Antisemitismus gebrandmarkt wird. Er meint, dass „Europa an der Unterscheidung zwischen Antisemitismus und Israelkritik langsam verrückt wird“.

Und wendet sich entschieden gegen Forderungen, nach denen Deutsche mit Blick auf den Holocaust ihre Kritik zurückhaltend äußern sollten, besser noch verschweigen. Er bezieht sich dafür auf Gedanken aus der Aufklärung, insbesondere aus Immanuel Kants Aufsatz „Was ist Aufklärung?“ (1784) und geht davon aus, dass sich die Menschen in Deutschland bei allen Diskussionen über alle relevanten Themen selbstverständlich ihres eigenen Verstandes bedienen, persönliche Urteile erarbeiten und auf der Grundlage von Meinungsfreiheit frei und offen ihre eigenen Gedanken vortragen.

Dieser Grundsatz muss auch für die Fälle gelten, in denen Deutsche ein Problem darin erkennen, wie der Staat Israel mit den Palästinensern im Lande umgeht. Wenn von einem Deutschen dann erwartet oder verlangt wird, dass er wegsehen und sich in Schweigen hüllen sollte, dann wird nichts anderes verlangt als eine Selbstzensur und die Weigerung, „den Standpunkt der Aufklärung einzunehmen, sobald er sich mit jüdischen Angelegenheiten beschäftigt.“ (S. 19)

Für Boehm öffnet sich dabei eine Falle, in die die Deutschen nicht ein zweites Mal hineintappen sollten. Sie würden dann auf der einen Seite die Vernunft als allgemeingültige Grundlage für ihr Urteilen und Handeln anwenden und auf der anderen Seite die Juden als Ausnahme von dieser Regel behandeln. Darin liegt nach Boehm nichts anderes als Antisemitismus und ist „in Wirklichkeit Verrat an ihnen (den Juden) – weil es sie von der Teilhabe an der gemeinsamen Menschlichkeit ausschließt.“ (S. 20).

„Nur eine vernünftige Perspektive auf den jüdischen Staat in einer Öffentlichkeit, die diesen Staat als normalen Gegenstand einer Debatte behandelt, kann den Antisemitismus überwinden.“ (S. 17). Er ruft die Deutschen dazu auf, sich freimütig zu äußern und schlägt eine Formulierung vor wie folgt: „Das ist es, was ich als Deutscher zu sagen habe.“ (S. 29)

Zweistaatenlösung von Anfang an hintertrieben

In der Einleitung nimmt Boehm das Thema „Zweistaatenlösung“ auf und kommt zu dem Urteil, dass dieses Konzept vor allem durch die Siedlungspolitik in Israel von Anfang an hintertrieben wurde und – realistisch betrachtet – nicht mehr umgesetzt werden kann. Über Jahrzehnte und mit wachsender Tendenz sind Fakten geschaffen, die schon längst das Ende der Zweistaatenlösung eingeläutet haben.

Unterstützt wird die Siedlungspolitik der israelischen Regierung aktuell vor allem durch die Politik des Präsidenten der USA Donald Trump, der dem Staat Israel das Recht auf Annexionen im besetzten Westjordanland einräumt und die Umsiedlung von Palästinensern in dieser Region billigt.

Ein kurzer Blick auf Bevölkerungszahlen unterstützt die These Omri Boehms:

Im Jahre 1993, also zum Zeitpunkt des ersten Osloer Abkommens, lebten immerhin schon rund 110.000 Siedler im Westjordanland und rund 146.000 im Raum Jerusalem. Heute sind es 400.000 Siedler im Westjordanland und 300.000 rund um Jerusalem (S. 31).

Die Siedlungen sind breit verstreut im besetzten Land, einige davon bereits mit 10.000 bis 20.000 Einwohnern und mit kompletter Infrastruktur ausgestattet, auch Unternehmen, Universitäten, Krankenhäuser, Schule etc. Es dürfte schier unmöglich sein, die jüdischen Siedler zu zwingen, ihre eigenen Häuser zu verlassen, die Schulen und Geschäfte – um sie dann den Palästinensern zu übergeben. So ist aus der Sicht von Omri Boehm „der Traum von einer Zweistaatenlösung zu einer Zweistaatenillusion zerstoßen.“ (S. 33).

Holocaust und Nakba vergessen

Ausgangspunkt für diese Entwicklung sind einerseits der Holocaust – durch ihn wurde die Sehnsucht nach einem jüdischen Leben in voller Souveränität und gesichert von jüdischem Militär intensiviert: der Traum von einer eigenen Heimstätte des Judentums.

Der andere Ausgangspunkt für diese Entwicklung liegt in der Umsiedlung der einheimischen Bevölkerung von Palästina durch die Israelis, die sehr rasch nach der Staatsgründung 1948 einsetzte und zur Vertreibung von rund 800.000 Palästinensern führte – die Palästinenser verwenden dafür den Begriff „Nakba“ = „die Katastrophe“.

Israel leitet sein Existenzrecht als Staat mit Blick auf seine Vergangenheit aus dem Holocaust ab und blendet die Nakba als Bestandteil der eigenen Geschichte aus. Die Palästinenser leiten ihr Recht auf eigene Souveränität aus ihrem ursprünglichen Heimatrecht und der Nakba ab und blenden das Leid der Juden aus dem Holocaust aus.

Boehm schlägt vor, die Erinnerung der Juden an den Holocaust zu vergessen und aus dem Bereich von Religion, Ethnie und Politik herauszunehmen. Parallel dazu fordert Boehm gegenüber den Palästinensern das Vergessen der Nakba als Element von Religion, Ethnie und Politik. Beide Seiten sollen lernen, die jeweils andere Erinnerung wahrzunehmen und zu würdigen. So soll eine Erinnerungskultur ausgeprägt werden, die als Pflicht für alle Bürger

des Staates Israel gilt. Beide, Juden und Palästinenser, sollen lernen, sich gemeinsam erinnern.

Bürgerrechte nur für das jüdische Volk

Einen weiteren Beleg dafür, dass Israel die Zweistaatenlösung nicht mehr anstrebt, sieht Omri Boehm in der Einführung des neuen Nationalstaatsgesetzes durch die Regierung Netanjahu im Jahre 2018, mit dem die seit der Staatsgründung offiziell geltende Gleichberechtigung von Juden und Palästinensern im Staat Israel ausgezehrt und aufgehoben wird. Künftig sollen alle Bürgerrechte „einzig für das jüdische Volk“ gelten (S. 35).

Aus der Einführung des Nationalstaatsgesetzes schließt Omri Boehm auch, dass sich das gegenwärtige Staatssystem Israels sehr stark unterscheidet von einem liberalen demokratischen Staat, wie es z.B. Deutschland oder Frankreich oder die USA darstellen.

In diesen Staaten sind alle jeweiligen Bürgerinnen und Bürger die Eigentümer des Staates. Israel aber ist der Staat des jüdischen Volkes, nicht der Staat seiner Bürgerinnen und Bürger – die Palästinenser sind ausgeschlossen. Israel hat sich zu einem ethnischen Nationalstaat entwickelt, in dem allein den Juden die vollen Bürgerrechte zukommen, auf nahezu rassistischer Grundlage.

Damit, so Boehm, hat Israel sich weit entfernt von den Gründungsvätern des Zionismus, die auf der einen Seite sehr wohl nach jüdischer Selbstbestimmung strebten, aber auf der anderen Seite sollte diese Selbstbestimmung sich entfalten in einer binationalen Republik, in der auch die palästinensische Seite volle Souveränität genießen sollte. An einen souveränen jüdischen Staat nur für Juden war anfangs nicht gedacht.

Israel vor dem Wendepunkt

Für Omri Boehm steht Israel deshalb zurzeit vor einem dramatischen Wendepunkt seiner weiteren Entwicklung.

Einerseits ist auf der Grundlage des Nationalstaatsgesetzes zu befürchten, dass den Palästinensern der Status von „ständigen Bewohnern“ zugeordnet wird und ein System entsteht, das auf die Apartheid im früheren Südafrika oder Rhodesien hinausläuft.

Andererseits könnte aber auch eine ethnische Säuberung in den annektierten Gebieten durchgeführt werden, indem die dort ansässigen Palästinenser umgesiedelt werden.

Deshalb ruft Omri Boehm auf zu einem Umbau des Landes – weg von der illusionären Idee einer Zweistaatenlösung und hin zu einer föderalen, binationalen Republik, die schon bei den Gründervätern des Zionismus über viele Jahre hinweg Konsens gewesen war, genannt werden unter anderem Theodor Herzl und David Ben-Gurion.

Autonomieplan von 1977 modifizieren

Als eine wichtige Grundlage für seine Konzeption erinnert Boehm an einen Friedensvorschlag aus der Vergangenheit, der in Israel und generell in der Weltpolitik weitgehend in Vergessenheit geraten ist.

Mitte der 1970er Jahre hatte der damalige Ministerpräsident Menachem Begin nach längeren Verhandlungen, auch mit den USA, einen sogenannten „Autonomieplan“ entworfen, der nach Omri Boehms Ansicht auch „Einstaatenplan“ genannt werden könnte.

Nach diesem Plan wird den Palästinensern nicht nur die Autonomie im Gazastreifen und im Westjordanland garantiert, sondern auch das vollwertige israelische Staatsbürgerrecht, Bewegungsfreiheit, Wirtschaftsfreiheit, Wohnsitzfreiheit und die Wiedereingliederung von Flüchtlingen. Menachem Begin legte diesen Plan der Knesset zur Beratung vor, und er wurde dann auch tatsächlich im Dezember 1977 verabschiedet – allerdings nie umgesetzt.

Omri Boehm schlägt vor, diesen Plan wieder aufzunehmen und zu modifizieren. Ziel muss es sein, einen gemeinsamen Staat zu schaffen, in dem beide Nationen die volle Souveränität genießen können.

Republik Haifa als binationale Föderation

Boehm gibt diesem visionären Staat auch einen neuen Namen und nennt ihn „Republik Haifa“ – im Blick auf die Stadt Haifa am Mittelmeer. Dort sieht er wesentliche Aspekte eines friedlichen Miteinanders von Arabern und Juden bereits seit längerer Zeit schon verwirklicht. In den Krankenhäusern arbeiten arabische und jüdische Ärzte zusammen für jüdische und arabische Patienten, in der Universität wird zweisprachig gearbeitet, und in den Geschäften und der Gastronomie herrscht eine offene, kosmopolitische Atmosphäre. Wenn Israel eine friedliche Zukunft anstrebt, so wird es „das Leben in Haifa zum Vorbild nehmen müssen, nicht das Leben in Jerusalem oder Tel Aviv.“ (S. 221)

So entwickelt Omri Boehm dann einige wesentliche Kennzeichen für diese künftige „Republik Haifa“. Die binationale Föderation beruht im Wesentlichen auf der Grundlage des Vergessens von Holocaust und Nakba als jeweils kulturleitendes Motiv, in der Entwicklung einer neuen, gemeinsamen Erinnerungskultur und auf der Basis von gleichen nationalen und individuellen Rechten für alle Bürger/innen.

Einige Konkretionen:

1. In der Republik Haifa werden nach föderalem Prinzip zwei Staaten gebildet: der Staat Israel und der Staat Palästina, die also Bundesstaaten in der Republik Haifa sind. Sie haben eine gemeinsame Grenze, die der sogenannten „grünen Linie“ von 1967 entspricht und in alle Richtungen offen ist. Westjerusalem ist die Hauptstadt für Israel, Ostjerusalem die Hauptstadt für Palästina.
2. Es gibt eine gemeinsame Verfassung mit Anerkennung von Menschenrechten und Demokratie.
3. Im gesamten Territorium werden für alle Bürger Freizügigkeit und wirtschaftliche Freiheit vollständig garantiert.
4. Jeder Bundes-Staat sorgt für seine eigene innere Sicherheit. Die äußere Sicherheit ist gemeinsame Angelegenheit.
5. Es gibt zwei gleichberechtigte Amtssprachen, gemeinsames Wahlrecht für die Knesset, einen gemeinsamen Verfassungsgerichtshof und gemeinsame Gedenkveranstaltungen für Holocaust und Nakba.

„Wenn ihr wollt ist es kein Märchen“

Natürlich – so Boehm – ist „ein solches Vorhaben mit zahlreichen Komplikationen eigener Art verbunden.“ (S. 225) Es wird allerdings ein Ziel aufgezeigt, das die Mühe wert ist. Es geht um den Weg, durch den sich die Menschenrechte, die Bürgerrechte und die nationale Selbstbestimmung im gesamten Territorium sichern lassen, ohne mit den Traditionen von Juden und Palästinensern zu brechen.

Im Grunde ist aus Boehms Sicht diese Utopie alternativlos für eine friedliche Zukunft Israels. Und in den politischen Wirren, in denen sich Israel zu Zeit befindet, sieht er einen Grund für die Hoffnung, dass dieser Staat sich grundlegend verändern kann und wird. Er zitiert noch einmal Theodor Herzls ursprüngliches Motto: „Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen.“ (S. 229)

Und Omri Boehm hofft, dass er mit seinem Buch wenigstens ein paar Grundzüge aufzeigen konnte, die als Antwort auf diese Frage nach der Zukunft Israels aufgenommen werden können.

Anmerkungen von meiner Seite:

a) ich sehe in dem Buch von Omri Boehm einen sehr interessanten Beitrag für die Suche nach einer Lösung des Israel-Palästina-Konfliktes, und zwar insbesondere deshalb, weil hier aus einer innerjüdischen Perspektive gearbeitet wird. Sein Blick auf die gegenwärtige politische Lage im Staat Israel und das Ende des Traums von einer Zweistaatenlösung erscheinen mir überzeugend, aktuell, sachlich-nüchtern und losgelöst von ideologischen Grundhaltungen oder parteipolitischen Rückbindungen.

b) angesprochen hat mich seine Beschäftigung mit der gegenwärtigen Staatsform Israels und sein Ergebnis, nach der es sich nicht um ein liberal-demokratisch verfasstes Gebilde, sondern um einen ethnisch geprägten Nationalstaat handelt

c) interessant finde ich, was er über die Beschäftigung der Juden mit dem Holocaust und die Beschäftigung der Palästinenser mit der Nakba schreibt. Seinen Aufruf, den Holocaust und die Nakba zu „vergessen“, finde ich etwas merkwürdig – möglicherweise weist die deutsche Übersetzung an dieser Stelle eine sprachliche Schwäche auf. Seine Forderung nach einer neuen und gemeinsamen Erinnerungskultur kann ich jedenfalls nur gut heißen. Es gilt für beide Seiten, einen konstruktiven Lernprozess auf den Weg bringen.

d) bestechend schön ist natürlich seine Vision von einer binationalen föderalen Republik Haifa mit vollen Menschen- und Freiheitsrechten für Juden und Palästinensern.

Es muss allerdings daran erinnert werden, dass Omri Boehm nicht der Erste ist, der von einer solchen Vision spricht. Er modifiziert und aktualisiert sie allerdings, und darin liegt der besondere Wert dieses Buches.

Er hat auch selbst nicht behauptet, diese Utopie erfunden zu haben. Wir haben gesehen, dass er Bezug nimmt auf einen entsprechenden Beschluss in der Knesset aus dem Jahre 1977, veranlasst durch Menachem Begin.

Aber auch für diesen Aktionsplan aus 1977 sind weiter zurückliegende Wurzeln zu finden, beispielsweise in den ursprünglichen Überlegungen von Zionisten wie Theodor Herzl oder Ben Gurion, die keinesfalls das Ziel hatten, einen jüdischen Staat nur für Juden zu gründen.

Zum dritten sind auch Überlegungen des großen jüdischen Philosophen Martin Buber zu erinnern. Er wirft den Kolonialmächten vor, dass sie bei der Gründung des Staates Israel nicht gründlich genug auf einen Ausgleich der Interessen von Juden und Palästinensern hingewirkt haben. Er wendet sich eindeutig gegen einen „Judenstaat, weil ein winziger Nationalstaat mitten in einer großen feindlichen Umwelt den organisierten nationalen Selbstmord bedeuten würde“ (S. 266 in Martin Buber: Werkausgabe Bd. 21: Schriften zur zionistischen Politik und zur jüdisch-arabischen Frage, München 2019, Seiten 262 – 269) und ruft stattdessen zur Bildung eines bi-nationalen Staates auf, zu einem „Zwei-Völker-Einvernehmen“, das durch eine jüdisch-arabische Zusammenarbeit maßgeblich mitwirken kann an der aufstrebenden Entwicklung der gesamten Nahost-Region.

Zum Vierten muss man außerdem sehen, dass die Grundzüge eines friedlichen Miteinanders von Juden und Palästinensern noch erheblich früher dargestellt wurden. Darauf hat der Greifswalder Bischof Dr. Hans-Jürgen Abromeit in einem Vortrag am 1. August 2019 hingewiesen (Vortrag im Seminar der 124. Blankenburger Allianzkonferenz: „Zwei Völker – ein Land. Eine biblische Vision für Frieden zwischen Israel und Palästina“). Darin gibt er einen Überblick über die historische und kulturelle Entwicklung des Konfliktes und ruft (unter anderem) alttestamentliche Propheten in Erinnerung. Abromeit zitiert als Beispiel diese Worte des Propheten Hesekiel: „Und ihr sollt dies Land austeilen unter die Stämme Israels, und wenn ihr das Los werft, um das Land unter euch zu teilen, so sollt ihr die Fremdlinge, die bei euch wohnen und Kinder unter euch zeugen, halten wie die Einheimischen unter den Israeliten; mit euch sollen sie ihren Erbesitz erhalten unter den Stämmen Israels, und ihr sollt auch ihnen ihren Anteil am Lande geben, jedem bei dem Stamm, bei dem er wohnt, spricht Gott der HERR“ (Hesekiel 47, 21-23).

Das bedeutet nichts anderes, als dass den Nichtisraeliten eine Perspektive gegeben wird, die eine friedliche Zukunft für den ganzen Staat erwarten läßt: sie erhalten Land als Erbesitz, d.h. den gleichen Anteil und die gleichen Rechte wie die Israeliten, also eine sichere Existenz. Das ist eine wunderbare Vision für Frieden im Lande Israel – ganz besonders heute.

e) Mein Fazit: Die Analyse der Verhältnisse in Israel, die Omri Boehm vorstellt, ist klar und deutlich. Sein Konzept einer binationalen föderalen Republik Haifa stellt natürlich eine Utopie, eine Vision dar. Boehms Verdienst ist es aber, diese Vision auf der Grundlage der aktuellen Verhältnisse in Israel entwickelt zu haben und den Tendenzen gegenüber zu stellen, die aus der gegenwärtigen Politik in Israel gefolgert werden müssen. Der Weg in einen Apartheidstaat oder zu einer völligen Vertreibung der Palästinenser mit ethnischen Säuberungen kann noch umgelenkt werden. Vor diesem Hintergrund ist die Vision, die Utopie von der Republik Haifa eines Omri Boehm im Grunde alternativlos.

(Vortrag von Pfarrer i.R. Rolf Freudenberg bei der Mitgliederversammlung des Landesverbands Pfalz – Saar in der Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland (EAiD) vom 24.08.2020 in Ludwigshafen)